

# Nebrner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben in Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen lohnen: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenzeile 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Etablisparasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 40

Donnerstag, den 3. April 1930

43. Jahrgang

## Das Programm?

Eine Erklärung in 12 Minuten.

Berlin, 2. April.  
Die Rede, mit der der neue Reichkanzler Dr. Brüning sich und sein Kabinett im Reichstag vorgestellt hat, dauerte nur 12 Minuten.

Er gliederte seine kurzen Ausführungen nach Außenpolitik und Innenpolitik.

Was er über den außenpolitischen Kurs der neuen Regierung sagte, war der vollstündigste und insoweit auch befriedigendste Teil seiner Rede.

Seine Ausführungen waren der Demeis befür, daß sich in dem neuen Kabinett die Meinung des Reichsaussenministers Caelius durchgesetzt hat.

Die Worte des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moltenbauer dem alten Reichstag vorgelegt hatte und das nach unvollständiger Beratung im Reichstag durch den Reichspräsidenten gebilligt wurde, wird durch die Erklärung des Reichkanzlers bestätigt.

Die Erklärung des Reichkanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden keine Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichkanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

erwarten Sie von mir heute nicht ausführliche Erklärungen über die beabsichtigten Maßnahmen im einzelnen.

Die neue Regierung wird Deutschlands Lebensinteressen in organischer Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik alles vertreten. Besondere Durchführung der internationalen Vereinbarungen, Förderung und weiterer Ausbau unseres Verkehrs mit allen Staaten, Förderung internationaler Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, das sind die Grundlagen dieser Außenpolitik. Einzig ist und bleibt ein wirtschaftlich gelundenes, politisch freies und gleichberechtigtes Deutschland, das seinen Interessen auf dem Schutze des Friedens vollenden kann. (Beifall.)

Besonders herzlich gedenkt die Reichregierung in jeder Stunde der Rheinlande, deren endliche Befreiung von der Befreiung

unmittelbar herbeiführt. (Erneuter Beifall.) Auch die alsbaldige Rückgliederung des Saargebietes

wird lautkräftig gefordert werden. Innenpolitisch gibt unsere Lage angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Notstände und der mit ihnen verbundenen radikalen Strömungen Anlaß zu besonderer Wachsamkeit. Diese Strömungen müssen in erster Linie durch wirtschaftliche Aufbaurarbeit behoben werden.

Mit diesem Ernst nimmt die Reichsregierung die Mahnung des Reichspräsidenten zur nationalen Einigung auf.

(Beifall.) Erhöhter Kampfe um außenpolitische Fragen haben das deutsche Volk gereift. Nach der Entscheidung dieser Kampfe wollen wir das Wort der Befreiung in Angriff nehmen.

Die Maßnahmen zur Sanierung der Kassenlage, sowie die Unterstützung der Länder und Gemeinden in ihrer schwierigen Finanzlage werden sofort durchgeführt werden. Ohne eine solche Ordnung fehlt die Gewähr für die dringend notwendige Entlastung der Wirtschaft und die Wiedergeburt der Arbeitslosigkeit.

Die Reichsregierung übernimmt den vom Reichsfinanzminister aufgestellten Haushaltsplan für 1930 samt dem Deckungsprogramm.

Diese Deckungsvorlagen sind in der Form des letzten Vermittlungsvorschlages der bisherigen Regierungsparteien mit der finanziellen Sicherung der Arbeitslosenversicherung, der gegläubten Befreiung der Steuerentlastung und der Ausgabenersparnis ein einheitliches Ganzes. Eingehende Sparvorläufe auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden in kürzester Frist vorgelegt werden.

Diese Sparmaßnahmen sollen nicht von einem antisozialen Geist getragen sein. (Lachen bei den Kommunisten und Rufer: Aprilscherz!) — Zwei kommunischnische Abgeordnete erheben Ordnungsrufe.) Sie haben schließlich den Zweck, zur Entlastung der Steuern, zur Hebung der Produktivität und zur Stärkung der Wirtschaft Deutschlands beizutragen. (Beifall.) Sie sollen Raum schaffen für die Entfaltung der auf den Landwirt und dem gesamten Mittelstand besonders schwer lastenden Realsteuern.

Die Weiterverfolgung der Sozialpolitik wird als staatliche Notwendigkeit von der neuen Reichsregierung unbedingt anerkannt. Finanzielle, soziale und wirtschaftliche Aufgaben müssen von einheitlichen Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Gerade von diesem Standpunkt aus ist das Rettungswort unserer in schwerstem Ringen um die Existenz kämpfenden Landwirtschaft vorzubringen.

Die Agrarkrise hat in besonders bedrohlichen Ausmaßen den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatskrise angenommen. Die Regierung ist entschlossen, ein umfassendes und durchgreifendes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft sogleich zu verwirklichen.

Sie steht dabei angesichts der ersten Tage nicht vor außergewöhnlichen Mitteln zurück.

Mit der Ausarbeitung der notwendigen Geleise ist begonnen. Daneben ist eine durchgreifende und umfassende Hilfsleistung für die Landwirtschaft der notwendigen Ausgaben wird die Reichsregierung eine besondere Vorlage unterbreiten.

Grundung der öffentlichen Landwirtschaft ist die Grundlage nationaler und volkspolitischer Rettung des deutschen Ostens.

Die Reichsregierung wird an diesen Vorschlägen und an ihrer schärfsten Durchführung unter allen Umständen festhalten. Sie ist gewillt und in der Lage, alle verfassungsmäßigen Mittel hierfür einzusetzen. Parteipolitische Erwägungen müssen in dieser Stunde in den Hintergrund treten. Sachliche Einstellung zu diesem Programm des Kabinetts allein führt die Zukunft des deutschen Volkes. (Beifall und Heulgeschrei bei den Regierungsparteien.)

Von den Kommunisten ist bereits ein Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett eingegangen.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgesetzt.

## Die Abstimmungen im Reichstag.

Berlin, 2. April. Die einzelnen Fraktionen des Reichstages werden in der Aussprache nur kurze Erklärungen abgeben. Die Aussprache soll nach Möglichkeit in der einen Sitzung zu Ende geführt werden. Die Abstimmung über die Arbeitslosenversicherung finden auf jeden Fall erst am Donnerstag statt. Die Zentrum-Fraktion trat am Dienstag abend zu einer Sitzung zusammen, in der der Reichkanzler Dr. Brüning über den Verlauf seiner Bemühungen zur Einigung über die Arbeitslosenversicherung berichtete. Im Auftrag der Fraktion sprach der stellvertretende Vorsitzende Ester dem neuen Kanzler die Glückwünsche der Fraktion aus und geleiste ihm die Gefolgschaft der Fraktion.

## Zur Vorgeschichte der Regierungskrise.

Moltenbauer an Vorzug.

Berlin, 2. April.

Der „Vorwärts“ veröffentlichte einen namens der Verhandlungen im Reichstag über die Arbeitslosenversicherung von Herrn von Brüning anfang März an den Reichsfinanzminister Dr. Moltenbauer gerichteten Brief, in dem der Reichspräsident die Arbeitslosenversicherung zur Frage der Beitragszahlung zur Arbeitslosenversicherung um 1 v. u. 5. ausführlich dargelegt wird. In dem Brief heißt es u. a.:

Die Arbeitsgeberseite müsse eine Mitbeteiligung an den Verhandlungen im Reichstag über die Arbeitslosenversicherung in dieser Frage umfänglich ablehnen, als der Beschluß des Reichstages zum Ausdruck bringe, daß infolge des Nichtzustandekommens einer Einigung dem Reichspräsidenten die Arbeitslosenversicherung des Reichslandes habe sich bereits erfüllt die Frage vorlegen müssen, ob von ihr im Falle der Durchführung eines derartigen Kurzes in der Regierung und Reichsstaatspolitik die Übernahme einer weiteren Mitverantwortung in der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung im Rahmen der von ihr wahrzunehmenden wirtschaftlichen Interessen getragen werden könne.

In dem Brief, der im „Vorwärts“ unter der Überschrift „König für die Arbeiter“ veröffentlicht worden ist, wird von zuständiger Stelle folgende Erklärung veröffentlicht: Der Reichsminister der Finanzen Prof. Dr. Moltenbauer hat den aufgeführten Brief der Vereinigung der Deutschen Arbeitsgeberverbände vom 6. März d. S. erst am 8. März erhalten, nachdem in der Reichstagsitzung vom 5. März bereits die Entscheidung über die Vorlage an den Reichspräsidenten gefallen war. Er hat den Brief als durch die Kabinettsentscheidung erledigt angesehen und zu den Akten schreiben lassen.

Er hat an der Regierungsvorlage über die Arbeitslosenversicherung, die er schon durch seinen Kommissar auf Grund des Beschlusses des Reichskabinetts im Reichstag hat vertreten lassen, bis zum letzten Tag festgehalten. An den Verhandlungen der sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien, die ein Kompromiß haben sollten, hat er gar nicht teilgenommen; auch nicht an den Besprechungen, die später zwischen Abgeordneten der in der Regierung vertretenen bürgerlichen Parteien stattgefunden haben. Erst in der Sitzung der Parteiführer hat er von dem Kompromiß Brüning-Moltenbauer Kenntnis erhalten und sich schließlich mit dem Kompromiß einverstanden erklärt, um eine Einigung unter den Parteien herbeizuführen. Aus diesen tatsächlichen Feststellungen geht zur Genüge hervor, daß der Brief der Vereinigung der Deutschen Arbeitsgeberverbände ohne jeden Einfluß auf die Haltung des Reichsministers der Finanzen gewesen ist.

## Grimme im Preussischen Landtag.

Toleranz, Berechtigungsweisen und Bildungsprivilegien.

Berlin, 1. April.

Im Preussischen Landtag leitete der neue preussische Kultusminister Dr. Grimme die allgemeine Aussprache über den Haushalt des Kultusministeriums mit einer längeren Rede ein, worin er u. a. betonte, daß die Toleranz des Eintrages gegenüber den vertriebenen geistlichen Klösterlingen ihre natürliche Grenze in einer Antoleranz finde, die den demokratischen Staat als das Fundament der Toleranz unterbilde in einem politischen Rhythmus.

Alle Parteien sollten die Jugend zu der Erkenntnis erziehen, daß politische Erziehung nicht parteipolitische Festlegung bedeute. Die Toleranz, die der am 1. April in Aussicht genommenen werden, werde keine Haltung gegenüber der religiösen und weltanschaulichen Seite unseres Schulkampfes bestimmen, und zwar sowohl gegenüber den Konfessionellen als auch gegenüber den nichtkonfessionellen Kreisen.

Der Minister äußerte sich dann zu den Problemen des Berechtigungsweises und des Bildungsprivilegs. Die Frage des Berechtigungsweises müsse schärfstens in Aussicht genommen werden, doch dürfe man nicht vergessen, daß Berechtigungen die natürlichen Sicherungsvorrichtungen gegen die Ausübung bestimmter Tätigkeiten durch ungeeignete Menschen seien.

Es sollte aber allgemein mehr auf die Persönlichkeit und nicht nur auf den Berufsstand geachtet werden.

Wie so anders, werde die geistige Erziehung der Volksschule nicht mitschlagen.

Obne gleiche Möglichkeiten für alle, als Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht beifenden Volksschichten bedeuten, wenn man

ihnen jetzt das vornehmlichste, was man ihnen zu einer Zeit da man ihre Hilfe brauchte, in Aussicht gestellt habe. Bei einer Betrachtung der Begriffe Waffe und Verantwortlichkeit erklärte der Minister, wer sich heute zum Spracher der Sehkraft der Waffe zum Menschentum mache, dem fehle nicht der Sinn für die Verantwortlichkeit.

### Ende der Linkscoalition in Danzig.

Auch die Sozialdemokratie scheitert aus.  
4. Danzig, 1. April.  
Der Parteienkongress der Sozialdemokratischen Partei Danzigs fasste eine Entschliessung, in der die Sozialdemokratie ihren Austritt aus der Regierung erklärt.  
Durch den erfolgten Austritt der Liberalen, so heißt es in der Entschliessung, ist neben der Fortführung der Koalition auch die Sanierung des Staatshaushaltes in Frage gestellt. Durch die Haltung des Senziums sei außerdem die Durchführung des von der Sozialdemokratie geplanten Arbeitsfortschrittsplanes zur Bereinigung des Arbeitsmarktes von ausländischen Arbeitskräften verhindert worden. Die Verantwortung für alle schlechten Folgen müsse die Sozialdemokratie den bürgerlichen Regierungsparteien überlassen.

Dieser Beschluss bedeutet nach dem Ausschcheiden der Liberalen aus der Koalition die Auflösung der seit dem Jahre 1928 bestehenden Linkscoalition in Danzig. Es werden zunächst sicherlich die schon seit einiger Zeit hinter den Kulissen geführten Bestrebungen auf Bildung einer rein bürgerlicher Regierung unter deutschnationaler Führung Aussicht auf Verwirklichung finden.

### Laßt fahren dahin!

Keine Hoffnung mehr auf einen Fünfjahresvertrag?

London, 2. April.  
Nach zuverlässigen Telexberichten kann es nun als sicher gelten, daß die neuen Wessungen der japanischen Regierung an die japanische Abordnung auf der Londoner Flottenkonferenz nach London abgehen werden. Admiral Kato, der Chef des japanischen Flottenstabes, erklärte gegenüber Vertretern der japanischen Presse, daß er es nicht im Sinne liege, die Frage des künftigen Stärkeverhältnisses Japans gegenüber Amerika zu einer politischen Angelegenheit zu machen, solange die Regierung nicht die endgültigen Beschlüsse gefaßt habe.

Japan wird die amerikanischen Beschlüsse unter zwei Vorbehalten annehmen: 1. daß eine Vierjahresfristung erklärt wird, nach der Japan die Möglichkeit eines Vertrages mit den Vereinigten Staaten für die Dauer von fünf Jahren grundsätzlich an seiner Forderung auf ein Stärkeverhältnis von 7:10 gegenüber Amerika in der Klasse der 8-Zoll-Streuer festhalten darf, 2. daß Japan jene die von Amerika vorgeschlagene Senkung an Unterseebooten annehme, sich aber das Recht vorbehält, zur Bewehrung seiner Schiffswerte einen früheren Erfolg verletzter Boote vorzunehmen.

Von amerikanischer Seite hat besonders die letzte Erklärung des Vorsitzenden des Flottenausschusses des Repräsentantenhauses, Wright, große Beachtung gefunden, der darauf hinwies, daß die Bestimmung für ein fünfjähriges Vertragsjahr nun so gut wie ausgefallen seien und stattdessen ein Drei-Jahres-Vertrag abgeschlossen werden sollte.  
Im Augenblick gehen die Verhandlung noch weiter, wenigstens ein Abkommen in der technischen Fragen herbeizuführen und einen Sondervertrag der drei Flottenhauptmächte abzuschließen.

### Chaubinismus in der Tschechei.

Immer wieder Kampf gegen die deutsche Sprache.

Prag, 1. April.  
An der Klubobermännerberatung des Senats stellte der Vertreter der Kommunisten den Antrag, Entschlüsse, Sitzungsprogramme usw. außer in der Staatsprache auch in deutscher Sprache auszusetzen. Er begründete seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß zwei Mitglieder seines Klubs kein Wort der Staatsprache beherrschten. Die Vertreter der deutschen Sozialdemokraten und deutschen Christlich-Sozialen schloßen sich diesem Antrag an und forderten, daß der Einbau einer nicht amtlicher Schrift in deutscher Sprache bzw. in den Sprachen der in der Tschechoslowakei vertretenen Minderheiten beigegeben werde.  
Die tschechischen Nationaldemokraten und die tschechischen Nationalsozialisten sprachen sich gegen den Antrag aus, der unternichtet blieb.

### Aus dem In- und Ausland.

**Seitensdauer der preussischen Pachtloshandlung**  
Berlin, 1. April. Durch eine neuen in der preussischen Gesetzgebung erdichtene Verordnung vom 31. März 1930 ist die Seitensdauer der preussischen Pachtloshandlung bis zum 30. September 1931 verlängert worden. Die Verlängerung ist erfolgt im Hinblick auf das in Vorbereitung befindliche neue Gesetz über das landwirtschaftliche Pachtrecht. Sie soll verhindern, daß zwischen dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes ein Zustand eintritt, in dem ein Pachtloshandlung überhaupt nicht vorhanden ist.

### Marine-Arsenal und Rüstungswerk.

Kiel, 1. April. Wie verlautet, ist der Gutachtenentwurf des Reichsflottenkommissars über das Kieler Marine-Arsenal vor, seine Waffenwerkstätten an die Deutschen Werke Kiel U. G. abzugeben. Zusätzlich werden jedoch nur die Schiffs- und marinebaulichen Rumpfbetriebe, die nur kleinere Arbeiten ausführen, aufgelöst. Ihre Arbeiten werden an die Deutschen Werke Kiel U. G. übertragen. Die Waffenwerkstätten wird die Marine unter allen Umständen im eigenen Betriebe erhalten. Ein weiterer Abbau des Areals ist nicht beabsichtigt.

### Arbeiterproteste in den belgischen Kohlenruben.

Brüssel, 1. April. Die Kohlenrubenarbeiter Belgiens haben ihre Unzufriedenheit, den Lohn zu fügen und jährliche Arbeiter zu entlassen. Die Arbeiterverbände haben dagegen einen Protest eingelegt und in den Bezirken von Limburg und am 11. April ein 24stündiger Proteststreik eingelegt. Gleichzeitig verlangen die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitswoche auf 5 Tage.

### Rückgang der Lebenshaltungskosten.

Berlin, 2. April. Die Reichsregierung hat die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Kleidung und „sonstiger Bedarf“) bereits seit nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats März auf 14,7 gegenüber 100 im Vormonat. Sie ist 10

mit um 1,1 v. H. zurückgegangen. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf eine weitere Senkung der Ernährungsausgaben zurückzuführen. Die Preise für Bekleidung haben ebenfalls wieder etwas nachgegeben.

### Die Disparationskongress zusammengetreten.

Paris, 2. April. Die Teilnehmer an der Tagung für die Regelung der Disparationen sind in Paris unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministers Loucheur zu einer Vollziehung zusammengetreten. In dieser Sitzung nahm der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen, der tschechische Außenminister Kramaritzki, der tschechische Generalleutnant Besik sowie der rumänische Generalleutnant in London, Titulescu, teil. An seiner Eröffnungsrede wies der Vorsitzende Loucheur auf die Notwendigkeit hin, sobald wie möglich die Fragen zu regeln, die auf der Haager Konferenz noch offen gelassen waren.

### Kämpfe in China.

London, 1. April. Nach Vernehmung des Aufmarsches der Truppen der Kuangtung-Regierung und ihrer Generäle im Norden ist es nach Meldungen aus Schanghai zu dem ersten größeren Zusammenstoß gekommen. Etwa 15 000 Schantruppen sind in die Provinz Schantung einmarchiert und haben die Kuangtungstruppen zum Rückzug gezwungen. Die Schantruppen haben inzwischen weitere Verstärkungen erhalten, und man rechnet damit, daß nun ein Angriff größeren Stils gegen Kuangtung beginnen werde.

### Kleine politische Meldungen.

**Überredung bei Tadous.** Sir George Overland, der Präsident der Royal Dutch Shell Oil Company, hatte mit Lardoux eine Aussprache über die Schaltung der neuen französischen Petroleumgesellschaft, die nach Orléans von der französischen Kammer verabschiedet werden sollte.

**Kein sowjetisches Generalkonsulat für Indien.** Der Staatssekretär für Indien, Woodrow Kenn, bezieht sich im Unterhaus die Gerüchte als falsch, wonach die Regierung Indiens die Zulassung eines sowjetischen Generalkonsulates für Indien erwogen habe.

**Ein Vertreter Sowjetrusslands bei König Ibn Saud.** Der neue sowjetische Vertreter in Neidj hat dem Sohn des Königs Ibn Saud Kätel sein Segelvollmachtsschreiben überreicht. Kätel wird dabei in einer Segelvollmachtssprache auf die Befestigung der Freundschaft zwischen dem Königreich Neidj und der Sowjetunion hin.

**Merksliche Ermäßigung des Preisniveaus.** An der Berliner Dienstagsbörse wurde der Preisniveaustand auf ein Niveau v. H. ermäßigt. Der Satz stellt sich jetzt auf 4,2 v. H. für beide Richtungen.

**Die Beschlüsse des Rates der älteren Staatsmänner** gestorben. Felix Salini, der letzte Lebensleiter des Rates der älteren Staatsmänner Japans, ist nach kurzem Krankenlager am 1. Lebensjahr an Lungenerkrankung gestorben.

### Aus der Umgegend.

Nebra, 8. April.

**— Eine Berliner Bauernschänke in Nebraska.** „Was soll denn das nun wieder sein?“ wird dieser und jener fragen; mancher wird schließlich glauben, es hängt mit der „Grünen Woche“ zusammen, die bekanntlich alljährlich in Berlin veranstaltet wird. Das trifft aber nicht zu. „Der Dieb Wilhelm“ ist ein Internatensein, das der Berliner Humor und auch die Berliner Freiheit in die Provinz tragen will, damit auch dort das Leben erheitert und in Zukunft nicht jedes laie Wort am Stammtisch auf die Gabeln gelegt wird. Aber zum Dieb Wilhelm geht, darf nicht ab nehmen; auf einen großen Job geht ein großer Akt, dieser Grundgedanke muß dem Berliner Volk gegenüber angewandt werden. Der Dieb Wilhelm besaß eine Berliner Schlagworter umlohn, nur die von ihm fertigen Getränke und Speisen nimmt er zu den gewöhnlichen Preisen bezahlt.

**— Eine wichtige Bekanntmachung veröffentlicht das Finanzamt in der heutigen Nummer für die leistungsfähigen Körperschaften und Vermögensoffen.** Inkenntnis der Gelege schlägt vor Strafe nicht, darum machen wir auch an dieser Stelle die Vertreter der infrage kommenden Körperschaften auf den Inhalt der Bekanntmachung aufmerksam.

**— Preuss weikampfs des D. H. V.** (1800 Jungtaulente aus Wittendensland beim diesjährigen beruflichen Wettbewerb.) Am letzten Sonntag fanden an 15 Orten Wittendenslands die diesjährigen Berufswettkämpfe der Kaufmannsjugend statt. Der D. H. V. meldet, daß sich 1800 Jungtaulente dieser beruflichen Prüfung unterzogen haben. Nicht auf eine ständige Prüfung kam es an, sondern auf das Prüfen kaufmännischen Handelns und Entschlusses in bestimmten Situationen. Man nannte diese Aufgaben mit „Situationsaufgaben“. Der berufliche Charakter trat bei den kaufmännischen Nebenaufgaben ebenfalls klar hervor und die Auflos-Prüfungen waren nicht minder anregend für ein Zudringendes der kaufmännischen Tätigkeiten und der besonderen Bildungsmöglichkeiten. Allort sammelte sich die Kaufmannsjugend am Sonntagmorgen, 10 Uhr, zur kurzen Eröffnungsfeier. Einleitend und für die Ausbildung der Kaufmannsjugend maßgebende Persönlichkeiten von Stadterverwaltungen, Arbeitgeberverbänden und Berufswahlämtern behandelten durch ihre Mitwirkende Summarie und Zustimmung zu dem beruflichen Wettbewerb. — Von 10:30 Uhr bis 13:30 Uhr arbeiteten die Jungtaulente an der Lösung der ihnen gestellten Aufgaben. Es galt eine gute Anwartschaft zu erlangen, denn Herren vom Ehrenprotokoll und die Organisten des D. H. V. hatten neben den Ehren Redenden, die dem Preisrichter die Tätigkeit im Beruf befehligen, gute und wertvolle Budgeteinsparungen als Anerkennungen ausgesagt. Der Geist der Prüflinge, die mit Ernst und jugendlichem Optimismus arbeiteten, war ausgezeichnet. — Die Ähnliche Punkte zwischen Mittagsessen und Siegerfeierkundigung wurde mit Ausgängen durch die Stadt ausgeteilt, die Lebenswichtigkeiten unserer schönen mitreifehenden Städte besuch. Nicht zuletzt waren es aber auch die Diskussionen über die eben abgegebenen Aufgabengösungen, die lebhaft geführt wurden und manchem wichtige Erkenntnisse vermittelten. Man möchte sagen, daß darin ein entscheidender Wert liegt, denn die persönliche Ausprägung auf der Ebene des Berufslebens ist vornehmlich im Blick in die Zukunft auszurichten und berufswichtige Maßnahmen heranzubilden. Mit Spannung wurden die Sieger-Preisverleihungen erwartet. Wie verlautet, sollen die Ergebnisse des diesjährigen Berufswettkämpfes zu einer Denkschrift zusammengefaßt und allen an der Ausbildung der Kaufmannsjugend interessierten Persönlichkeiten und Stellen angelegt werden. Es ist anzunehmen, daß außerordentlich wichtige Feststellungen über den Bildungsstand der mittelständigen Kaufmannsjugend damit den interessierten Stellen zur Verfügung gestellt werden. Die umfangreiche und gründliche Arbeit des Deutschenationalen Ausländerspiel-Verbandes auf dem Gebiete der berufsbildenden Jugendarbeit verdient auf alle volle Anerkennung.

**— Das Preussische Kriegs-Erinnerungs-Kreuz** am schwarz-weißen Band, das bereits von vielen tausenden Kameraden getragen wird, ist nach vielen Kriegsteilnehmern unseres Reiches unbekannt. Die Zurteilung des Ehrenzeichens mit Preisgeld erfolgt nach Prüfung des Antrages v. durch Vermittlung des Deutschen Kriegs-Bundes 1914/18 e. V., Leipzig C 1, Sternwartenstraße 27. Antragbogen sind selbst auf Verlangen des Bundesbüros anfordern und wird auch an Interessenten Auskunft über den Band und die Kriegs-Erinnerungs-Zeichen von Bayern, Sachsen, Westfalen und Baden erteilt. Der D. K. B. steht unter dem Ehrenführer Dr. Gtz. des Herrn Generaloberst von Villingen und des Herrn General a. D. von Balluff.

**— Einmalig verheißt auch** auch in vergangenen Jahre wurden verlassene Gegenden wiederholt von Branden beimgelugt. Viele und große Werte fielen dem Feuer zum Opfer. Dies ist umso schlimmer, als das heutige Volk vermögen sich seit dem Kriege stark vermindert hat und die Geldnot immer größer wird. Viele Brandgeschädigte sind außerdem in bittere Not geraten, weil sie ungenügend versichert waren. Jeder Besitzer, besonders auch der vom Feuer betroffene Landwirt, muß heute sein Hab und Gut vollumfänglich versichern lassen. Keiner kann bei der allgemeinen Notlage mehr darauf rechnen, daß nachdrückliche Hilfe, Sammlungen oder öffentliche Unterstüßungen ihm im Brandfalle über die Not hinweghelfen werden. Möchte jeder seinen Versicherungen sein zur Hand und prüfe, ob alle seine Gebäude und Fahrnisse voll versichert sind. Ist dies nicht der Fall, so säume er nicht, die Versicherung sobald erlangen und beschließen zu lassen. Da die Raupreise immer noch schwanken, sollten alle Eigentümer mit ihren werten in der bevorstehenden (Sommer) Versicherung werden.

**— Eine grundsätzliche Entscheidung über Verwendung von Quittungen für Kassenbeleg.** Das Oberlandesgericht in Darmstadt hat ein Bürger Urteil bestätigt, das grundsätzliche Bedeutung hat. Ein Radiomonteur in Riegen hatte zum Zwecke der Kasseneinlage seine Vadenbüttel einen Quittungen eingekauft, mit dem er Radiomonteur und Schweißarbeiten auf die Straße übertrug. Im Sommer 1929 haben diese Darbietungen seinen Umfang angenommen, das Nachbarstadt und Straßenplanen Besondere erhoben. Wegen ruhestörender Lärmes erkannte das Amtsgericht auf einen Strafbefehl. Der Eingekaufte sagt in der Begründung des Urteils, daß der Lärm, der mit dem Betrieb eines geschäftlich erlaubten über von der zuständigen Behörde genehmigten Gerätes normalerweise verbunden ist, niemals ungebührlich sein könne. Daraus folge aber nicht, daß es dem Angeklagten erlaubt sein sollte, lediglich zum Zwecke der Kasseneinlage in einer kleinen Stadt in dem geistlichen Umfang wie dies hier geschieht, mit musikalischen Darbietungen eine ganze Straße zu erfüllen. Jede Art von Musik könne wegen der Ermüdung des Gehörsinns und der Nerven sich schädlich zu einer unter Umständen sogar unerträglichen Reizung auswirken. Es liege somit der Zahlbeleg des Paragraphen 300, Ziffer 11 des StGB., vor. Das Oberlandesgericht hat dieses Urteil bestätigt. Für die Zukunft wird also jeder Besitzer eines Radiopreders gefordert werden können, der durch Darbietungen mittels Radiopreders ungebührlicher Weise einen unbestimmten Personenkreis zwingt, sein Gehör zu sein.

**Reinsdorf.** Der Geführer Friedrich Angermann wurde von einem sonst ruhigen Pferde, das durch flatternde Beine erschreckt war, vor den Reigen geschlagen, daß er beinahe barfußverletzt.

**Laucha.** Der Wächter Wolf Neubert von hier, 19 Jahre alt, hat sich in der Nacht zum Dienstag in seiner Wohnung mit einem kleinen 6 mm Terzöl 2 Schuß in die Schläfengegend beigeschlagen. An diesen Folgen ist er Mittwoch morgen verstorben. Die Bezeugungsgründe zu dieser Tat sind unbekannt.

**Weißenfels.** Am Montagabend fuhr der 31-jährige Zimmerer Franz Jeonow aus Weißenfels mit seiner 23-jährigen Frau, der Stiege Marta Müller, mit dem Motorrad in den Eltern der Frau nach Burgolshausen Kreis Ebersberg. Auf der Straße nach Raumburg zwischen Weißenfels und Pörsdorf, hat Jeonow angefahren die Kurve zu spät bemerkt, denn er fuhr mit voller Wucht gegen einen Baum und wurde dabei auf der Stelle getötet. Die Frau, die bewußtlos im Weissenfels Krankenhaus gebracht wurde, hat außer einem Personenschuß mit leichten Verletzungen erlitten.

**Merseburg.** Der Provinzialausschuß hat in seiner Sitzung am 1. April sein Einverständnis mit der Ernennung des Präsidenten des Bundesamts für das Heimatwesen, Dr. Graf, zum Vizepräsidenten der Provinz Sachsen und zur Ernennung des Oberbürgermeisters Weeber aus Halberstadt zum Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Magdeburg erklärt.

**Merseburg.** [Ein Gang durch das Seemanns-] Aus Anlaß des ersten Jubiläumstages im Neumannsberg wurde der Brief Gelegenheit gegeben, die riesigen Anlagen des Seemannsberges, richtiger „Neumannsberg Merseburg“ zu befehligen, die sich von Ausgang Merseburgs längs der Bahnhöhne Berlin - Witten in 5 km Länge und 1 km Breite erstrecken. In der Gesamtlänge wird hier fünfzigjähriger Stadtschiffahrt, 500 000 bis 550 000 T. pro Jahr. Anzugsding wird auch fünfzigjährige Berlin hergestellt (circa 100 000 T. pro Jahr). Die zu leistende Arbeit wird in drei Schichten von 15 000 Arbeitern und 3 000 Angestellten bewältigt. Außerdem steht man in den riesigen Hallen wenig Menschen, die Arbeit ist bis ins Einzelne durcharbeitet und dürfte, so wie er jetzt besteht, für eine geraume Zeit bestehen bleiben. Das Wert braucht stündlich 18 000 cbm Wasser, wovon 90 bis 95 Prozent in die Saale zurückgehen. An Kühlwasser wird etwa die fünfstellige Menge gebraucht, jedoch das der Saale entnommene Wasser vielfach verwendet werden muß. Alles in allem werden jährlich 80 000 cbm Wasser verbraucht, das ist mehr, als Groß-Berlin an Wasser verbraucht. Auch der Gaserbrauch ist größer als der von Groß-Berlin. Der Stadtschiff wird nach dem Haber-Wass-Verfahren gewonnen. Stadtschiff und Wasserstoff werden bei hohem Druck und hohen Temperaturen zu Ammoniak gebildet. Der Stadtschiff wird aus der Luft, der Wasserstoff aus dem Wasser entnommen. Das erzeugte Ammoniak ist aber noch kein Düngemittel, es müssen Salze hinzugefügt werden, Ammoniumsulfat oder schwefelsaures Ammoniak. Dazu wird in leuchtender Ziffer aus Niederalkalischer Gips herbeiführt. Das Endprodukt wird dann bleibend weiche Stoffe, die als Dünger für die Landwirtschaft dienen. Der Einbruch der riesigen Anlagen ist übermäßig. Was der Chemiker und Konstrukteur in Formeln und am Zeichentisch errechnet, ist hier in gewaltigen Bauten in die Tat umgesetzt. Da ist z. B. eine Halle von ungeheuren Ausmaßen, die 14 fassende Waldhölzer enthält, Gasstromprofessoren, die stundenweise das Gas auf 200 Atmosphären zusammenpressen. Sie verrichten ihre Arbeit lautlos, nur das Surren der riesigen Schwungradäder ist vernehmbar. Bekannt

sind die 19 Schornsteine des Bauwerkes, die in einer Linie stehen. Resthäuser von unangelegten Ausmaßen schließen sich an sie an. Abdomen werden 55 Kontainder geerntet, eiserne Nöhre mit Wandungen von über einem halben Meter Dicke, in denen ein Teil des demselben Prozesses vor sich geht. Die gewaltigen Säos, die viele tausende des weissen künstlichen Seidfadens enthalten, sind ein typisches Bild industrieller Schönheit und könnten jedes Ma- erzung begreifen. Zum Schluß sehen wir noch, wie die künstliche Seidfäden in Eisenbahnröhren geleitet oder in Säde verpackt wird, wie leise die Aufschreit stöße, die Gebirgszüge, geht also nach Japan.

**Killeda.** Nachdem der Regierungspräsident von Metzger, Herr von Sarnad, dem Kreise Sangehauken einen Besuch abgestattet hat, wird er am 4. April, kommenden Freitag, den ganzen Kreis Gatschag bereisen.

**Ehrt.** Eine heisse Schützenjagd hatte am Sonnabend von einem Soldaten zu Mitanen einen Zerkleinerungs- gendert, auf dem ein riesiger Spangenschuh mit Nieten versehen, von einem Pflücker in ganz Sachtsdorf durch die Stadt gefahren wurde. Beim Passieren einer Straße in Ehrt-Nord entglitten dem Stützer die Fügel. Als er versuchte, sie wieder zu erfassen, verlor er das Gleichgewicht und fiel auf die Erde. Hierdurch schlug die Welle und ging mit dem Wagen durch. Der Stützer schützte die Welle herum und der Wagen überfuhr ihn. Der Gezügliche erlitt einen doppelten Schädelbruch und war sofort tot.

### Aus Nah und Fern.

**Dresden.** Teilszustand der Schneider in Dresden. Wegen Tarifstreitigkeiten sind jetzt die Schneider von fünf großen Dresdener Herrenschneiderfirmen in den Ausstand getreten. Ferner sind bei zwei großen Damenkonfektionsfirmen die Schneider in den Ausstand getreten, obwohl im Damenkleidergewerbe überhaupt keine Tarifstreitigkeiten vorliegen. Es handelt sich hier lediglich um einen Solidaritätsstreik.

**Celzsig.** Kommunistische Ausschreitungen in Brandis. Am Anstich an eine nationalsozialistische Versammlung in Brandis bei Celzsig, die zu weiteren kommunistischen Ausschreitungen gekommen. Das Lieber- falkkommando von Celzsig mußte nach Brandis rücken. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen. Die Kommunisten zerstörten einen Transformator und setzten die Stadt Brandis in Dunkelheit. Die Polizei konnte durch Anwendung des Gummistockes die Ruhe wiederherstellen.

**Juda.** Erung des Jüdischen Oberbürgermeisters. Die jüdischen Bürgerdeputierten in Halle haben ihren heute nach sechzigjähriger Amiszeit aus dem Dienst scheidenden Oberbürgermeister Dr. Antoni zum Ehrenbürger der Stadt Juda ernannt.

**Friedrichshafen.** „Graf Zeppelin“ wieder gefahren. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird derzeit mit Gas gefüllt. Der Aufschiffbau beabsichtigt, am 3. April die erste Abflugfahrt auszuführen, um sich hauptsächlich über den Bodensee zu erproben. Passagiere werden an dieser Fahrt nicht teilnehmen. An der Hauptflüge sollen bei der Verfertigung die am Aufschiff vorgenommenen Neuerungen, wie die Elektro-Gondel und das vergrößerte Horizontal-Ruder ausprobiert werden.

**Hamburg.** Ein Eisenbahnanschlag bei Erlangen. Die Reichsbahn-Verkehrsleitung in Halle hat die Erlangen-Erfangen wurde die Lokomotive und Nebenabzugsgeschosse-Erfangen durch Auflegen von Steinen auf die Schienen zur Entgleisung gebracht. Verleht wurde niemand. Der Schiffschaden ist gering. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

### Cosima Wagner geboren.

Bayreuth, 2. April.

In Bayreuth in der Villa „Wahnfried“ ist Frau Cosima Wagner im Alter von 93 Jahren sanft entschlafen. Cosima Wagner, die in diesem Jahre ihr 93. Lebensjahr vollendet hätte, ist eine Tochter Frau Witas. In erster Ehe war sie mit Hans von Bülow, dem hervorragenden Organisten, verheiratet. Am August 1870 vermählte sie sich mit Richard Wagner, dessen Lebensgeschichte sie in des Wortes höchster Bedeutung war. Cosima Wagner hat sich dem Leben mit Richard Wagner treu hingewidmet. Nach Richard Wagners Tod pflegte sie das geistige Erbe des großen Komponisten und es gelang ihr, die Bayreuther Festspiele auf eine ganz außerordentliche Höhe der Vollendung zu bringen. Später übernahm sie die Leitung der Festspiele ihrem Sohn Siegfried Wagner. Seit ihrem Tode Cosima Wagner, hat völlig erblindet, betreut von ihrem Sohn Siegfried und dessen Gattin Winifred, im Hause

### Höllenschlange vor dem Rathaus.

Ein löschter Aprilscherz.

Berlin, 2. April.

Am Mitternacht wurde vor dem Hauptingang des Berliner Rathauses an der Seite der Königsstraße ein Pappschlangens, aus dem deutlich der Klang einer Weckeruhr vernommen war. Die Feuerwehre wurde herbeigerufen. Ein starkes Polizeiangewölbe hatte die Zugangstüren zum Rathaus an der Seite der Königsstraße abgeblockt und war während in völliger Apathie, bis kaum der Vergangenheit er- innern.

Die Schlangenschlange wurde am Freitag nach Koburg gebracht und dort eingesperrt. Die Urne wird dann wieder nach Bayreuth überführt und hier aufgestellt werden. Die Durchscheidung des Rathauses beschließt, in dem noch bis kurz nach 24 Uhr eine Verammlung gefagt hat. Die Sachverständigen der Politischen Polizei hielten nach Öffnung der Sprengkapsel fest, daß diese nicht Dynamit oder einem anderen Sprengstoff, sondern nur Luftmerer enthielt.

Die Anlage der vermeintlichen Höllenschlange war derart kunstgerecht getroffen, daß Polizei und Feuerwehre stundenlang der Meinung waren, es mit einer echten Höllenschlange zu tun zu haben.

Der Apparat wurde gegen 1/2 Uhr von dem Förster des Rathauses hinter der noch geschlossenen Kellertür gefunden, nachdem er einen Schachden, der sich nach einem Nachtlager erkundigte, nach dem Polizeipräsidenten verwiesen hatte. Als der Förster in dem Karton das Tüfel fand, stellte, alarmierte er die Polizei, die wiederum die Feuerwehre herbeirief. Die Weckuhr war auf 4 Uhr eingestellt.

### Staatsgerichtshof wird angufen.

Weimar, 2. April. Nach der Annahme des Ermäßigungsgefetzes im Thüringer Landtag durch einfache Mehrheit, erhoben die Sozialdemokraten Einspruch gegen die Rechtmäßigkeit des Gesetzes, da nach ihrer Auffassung eine Justizminister-Mehrheit erforderlich ist. Gleichzeitige Kandidaten für parlamentarische Maßnahmen an. Wie jetzt bekannt wird, werden die Sozialdemokraten den Staatsgerichtshof für Thüringen sowie den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anrufen.

### Die Schießübungen der Besatzungstruppen.

Miesbaden, 2. April. Zum Schluß der Frühjahrsbeschießung hatte das Reichstammamt für die Besatzungstruppen in Gebiete bei der Interalliierten Rheinlandkommission die entsprechenden Anträge gestellt. Diese hat nun mitgeteilt, daß die Schießübungen der Besatzungstruppen in diesem Jahre auf ein Mindestmaß beschränkt und die Schießerei im Einverständnis mit den örtlichen Behörden festgesetzt werden sollen.

### Sturm auf die Fordwerke in Detroit.

Newport, 2. April. Gerichte über die Neueinstellung von mehreren tausend Arbeitern bei den Fordwerken waren in Detroit die Ursache von großen Unruhen. 15 000 enttäuschte Arbeiter wollten die Fabrikgebäude stürmen. Die Eingänge zum Werk wurden von starken Polizeimannschaften besetzt. Die Arbeiterführer wurden schließlich mit Hilfe von Tränengasbomben zerstreut.

Ein Fürst blüht vor einem Londoner Gericht. Wegen Nichtzahlung einer Schuld in Höhe von 73 340 Mark hatte sich vor einem Londoner Gericht Fürst Blücher, der seit langem in London lebt, zu verantworten. Der Fürst, der derzeit krank ist, ließ sich durch seinen Rechtsanwalt vertreten, der darauf hinwies, daß noch weitere Schulden in Höhe von 140 620 Mark vorhanden seien, die zurzeit nicht beglichen werden könnten, da Fürst Blücher gegenwärtig keine Einkünfte aus seinem kaiserlichen Gehalt erhält. Da es sich um eine Verurteilung und einer Baupflichtklärung seitens des Gerichts Fürst Blücher aus dem Selbstmord überhaupt keine Einnahmen erhalten könnte, bat der Rechtsanwalt um Verlegung um drei Wochen, um inzwischen eine private Regelung durchzuführen zu können. Das Gericht entsand diesem Antrag.

Ein Fließdampfer gesunken. — Sechs Todesopfer. Der englische Fließdampfer „Arcton“ ist in der Nacht von Ostrogo in der Grafschaft Cort gesunken. Sechs Mann der Besatzung sind ertrunken. Der Kapitän und der Ma-

schinist wurden gerettet. Die Besatzung hatte ein Rettungsboot betiegen, das jedoch im Sturm umschlug. Der Fließdampfer war während des schweren Sturmes auf ein Felsenriff gelaufen.

Interessante Beben in Japan. Auf der japanischen Halbinsel Adzu dauern nach Lokativer Meldungen seit 24 Stunden unterirdische Beben an. Besonders die 40 Meilen südlich von Yokohama sind seit längerer Zeit von härteren Erschütterungen heimgesucht. Die Bewohner sind von einer Panik ergriffen.

### Wirtschaftliches Wochenbericht

Mittelteil der Mittelbeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtparkasse Hebra a. U.

Nach dem Ausweis vom 22. März 1930, hat sich die gesamte Bankanlage der Bank auch in der 3. Märzperiode wiederum erniedrigt und zwar um 147,4 auf 1 633,5 Millionen Reichsmark. Grund ist die Umlauf in Reichsbanknoten und Rentenanleihen erheblich vermindert, wobei sich die Deckung der Noten durch Gold allein von 58,1 auf 60,6%, und die durch Gold und bedarfsfähige Devisen von 67,8 auf 71,6 besser stellen. Die internationale Geldverfügbarkeit hat weitere Fortschritte gemacht. So hat z. B. in der Berichtsperiode die Bank von England ihren Diskontsatz um 1/2% auf 3 1/2% und die Reichsdevisenbank den Diskontsatz um 1/2% auf 6% herabgesetzt. Der allgemeinen Geldverknüpfung zufolge hat sich auch die Reichsbank veranlaßt gesehen, mit Wirkung vom 25. 3. 1930 ab den Reichsbankdiskontsatz von 5 1/2% auf 5% und den Kommandosatz von 6 1/2% auf 6% zu erniedrigen. Wie der Reichsbankpräsident in der Begründung zu der Diskontsenkung ausführte, muß sich allerdings von einer solchen Öffentlichkeit darüber klar sein, daß ein Satz von 5%, im inneren Geld- und Kapitalverhältnissen Deutschlands noch nicht entspricht und daß es nicht zum wünschenswerten niedrigen Auslandsraten ausgedehnt wird, bei der Reichsbank genügt hat, sich nach den ausländischen Geldmärkten zu richten.

Folgende Einzelermittlungen sind in der Berichtsperiode bekannt geworden: Der Kohlenbergbau hat im Februar einmal die Ausmündung des Winters, dann aber auch die der konjunkturellen Depression in voller Schärfe zu spüren bekommen. Alle Steins- und Braunkohlenzeiger verzeichnen einen härteren Niedergang des Absatzes und demnach eine Abnahme der arbeitsmäßigen Förderung. Die Abverkettungsleistungen nehmen zu, die Halden sind weiter anzuwachsen. Die wachsende Nachfrage des Auslandes nach einer Welt- Kraftstoffe, wie man sie noch nie erlebt hatte. Auch im Mittelbeutschen Braunkohlenbergbau brachte die niedrige Durchschnittstemperatur für den Saubranbrennstoffabgabe eine weitere Verschärfung der Krise. In dem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung wird festgestellt, daß die Preise gegenwärtig in fast allen Ländern der Welt eine sinkende Tendenz zeigen. Seit dem Sommer 1929 führt die konjunkturelle Verschlechterung in den meisten europäischen Industrie-Ländern, sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Kanada zu einem entschiedenen Niedergang der Preise. Die Indexziffern der Lebenshaltungskosten hatte sich die sinkende Tendenz der Großhandelspreise — und die letzte Großhandels- Indexziffer ist wiederum um 0,2% auf 126%, zurückgegangen — bisher kaum ausgeglichen. Erst neuerdings zeigt sich auch hier ein Aufschwung. Die Anbahnung von Industrie-Gründungen hielt sich etwas über Veranschlagtes. Auf dieser Steigerung sind im wesentlichen nur Produktionsgüter beteiligt. Dagegen ist die Verbrauchsgüter- anbahnung fast Beginn des Jahres geringer als in der entsprechenden Vorjahrszeit.

Wenn auch die Haltung der Börse in der Berichtsperiode noch nicht ganz einheitlich war, so machte sich infolge der inzwischen — wenigstens zum größten Teil — behobenen unregelmäßigen Schwierigkeiten doch eine zuversichtlichere und innere Grundstimmung bemerkbar. Der Geldmarkt stellt, sowohl in Bezug auf Tagesgeld als auch auf langfristige Termingelder, im Zeichen harter Geschäftslage.

### Konseruengemüse

gewinnen an Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen Maggi's Würze

Es wieder: die Würze fest verpackt, die Röhre übereinanderbegeben.

Es hätte sie eine kleine Röhre vor sich hin, ganz wunderbar. Aber allmählich ward ihre Miene nachlässig. Der Anblick auf diesem ganzen Anblick der Würze in Erinnerung. Steinlebens verpackte Werbung. Und unwirklich stellte sie vor der Gewand ein: Was es eigentlich klug gewesen, ihn so einfach zu verpacken?

Wenn ihr Mes Leben nun doch einmal unerschütterlich werde und sich keine andere Möglichkeit bot — das war doch immerhin ein Wunsch! Der einzige Mensch, den sie noch liebte, der sie aus dieser Welt, dieser grauenhaften Wüstentage heraussetzte. Nahm sie Steinlebens Werbung an, so war sie frei von der dämlichen Gewalt, ihr eigener Herr — dann galt ihr Willkür. Steinlebens Werbung war Wagnis in ihrer Hand: ein esoterischer Kampf, den es oberhalb noch glücklich machte, ihr diesen zu führen.

Freilich, das war auch alles. Einem Mann durfte sie nicht erwidern in ihm zu finden. Aber was das schließlich so schwer? Wohnte es sich, deswegen vielleicht seine letzten Chancen aus der Hand zu geben? Sie war kerngesund und fest — warum verteilte sie da eigentlich noch? Auf das große Wunder etwa? Hier in diesem Bauerne!

Ein kalter Zug grub sich für einen Moment um die feinen Lippen. Und dann kamen ihr wieder jene Gedanken: Steinlebens Werbung — äußerlich gesehen — eine unheimliche Erscheinung. Was noch letzte, würde er sich schon aneignen unter ihrer Hand. Seine Verhältnisse waren gut. Er verdiente ein hübsches Gehalt und hielt es nicht ängstlich zusammen, hatte Sinn nicht bloß fürs Erwerben, sondern auch fürs Bewahren, für Weisen, für das großartigste Erwerben. Er würde sich ein Besondere davon machen, sie mitzunehmen und zu zeigen dort draußen in der großen Welt, voller Stolz und Eitelkeit. Also — weshalb trübte sie sich eigentlich so gegen diesen Wunsch? War es am Ende wirklich nicht sehr unklug von ihr?

(Fortsetzung folgt.)



15. Fortsetzung. Raucher werden.

„Bauerntöpel!“ Ein Bild schob zu ihr hin, als hätte auch er sich mitgeteilt. „Summes, hochmütiges Frauengemüde, du! Aber natürlich, das hat man davon, das hat man dich aufs Benetton gefischt hat!“

„Ja, Vater —“ und sie sah ihn sehr ernst an — „es wäre freilich besser gewesen, du hättest es nicht getan. Nur bin ich für diese Welt hier verdoeben — und jene andere bleibt mir verschlossen.“

„Es war etwas in ihrem Sinn. Das fiel dem Hannes Reich selbst aus dem Mund. Fast wie eine Anlage. Und heute ihm nicht auch die alte, blinde Frau da draußen schon manchen ganz das selbe gesagt? Da verstaunte er für ein Weisigen. Gebot kam ihm wieder der Zwang. „War hat doch nur dein Wesen gemollt. Und wer hat denn das voraussehen können? — Aber es ist ja auch alles Unfuss. Nur an dir liegt's, an deinem verdammten Egoismus und Dummheit!“

Während hier er dem Zwang nach einem Schritt, der ihm im Wege stand, daß er höher umschlug, und tief dann mit stampfenden Schritten im Zimmer auf und ab. Wieder einmal empfand sie es mit einer Klarheit, die sie aber wieder erschröckte, noch etwa mit Tränen erfüllte. Das war je alles nur zu natürlich. Die Ähren und die Jungen — Wäldchen und Fortschritt — zwei Wesen, die sich nicht verstehen konnten, zwei unvereinbare Gegenstände.

Die Frauen zogen sich zusammen, wie sie zu Hannes Reich hinüber. Das war möglich für seine Schritte, und in ihre Hände trat ein verändertes Wunder, ein Grubeln und Schwanen. Es entging ihr nicht. Da ging sie leise auf ihn zu.

„Vater!“ Ein tosendes Aufschlagen war in ihrer Stimme. „Wißt du denn nie mit dir reden lassen? Du meinst es doch gut mit uns, Vater — nicht?“

Ihre Arme legten sich ihm um den Nacken, und die dunkeln, schönen Augen blickten stumm. So hatte sie es als Kind immer getan, und nie hatte er ihre Einsicht abgelehnt. Auch jetzt wurde dem Hannes Reich das selbst weh.

„Dumme Frage!“ polterte er, aber nur mühsam behielt er den rauhen Ton des „Natürlich mein ich's gut mit euch.“

Da presste sie sich noch dichter an ihn. „Wenn du es wirklich gut mit uns meinst, mit dem Herrn und mit, wenn du uns glücklich machen willst — so gib' doch mit uns in die Stadt zu laufen die doch auch mehrheitlich Ruhe gönnen auf deine alten Tage, Vater, und hat ja genug vor dich gebracht, und wenn du dann noch hier den „Spritzen“ gut verkaufst — — —“

„Berlaufen!“

So befing sich Hannes Reich die Tochter vor sich, daß sie fast stummelte. Aber er antwortete nicht. Dornen so glühte ihm die Stirn. „Aber das Haus verkaufen, wo ich jetzt meines Lebens Gefühle kein, nie! Eher —“

Drohend schüttelte er die Faust zu dem Mädchen hin, das da stand, ohne sich zu rühren, die Lippen fest aufeinandergepreßt. Der Anblick zeigte ihn aber nur noch mehr. „Ja, ich' nur dein hochmütiges Gesicht auf! Es bist dir alles nichts. Hier, in dieser Stunde sag' ich dir: Nicht daran zu denken! So lange der Hannes Reich lebt, bleibt's hier, wie's ist! Bin ich nicht mehr, hat's mich mal rausgetragen aus dem Schragen — dann magst, wie dich's beliebt, was dir wollt. Schändlich die Genuß, die euch die goldenen Eier wegst, und damit ihr euch nur schämt. Aber na — einsteifen ihr's ja noch nicht so weit. Und ich denke euch den Gestallen aus noch lange nicht zu tun. — So, da hast du meine Antwort!“

Damit zog Reich die Tür auf und warf sie trachtend hinter sich zu.

Marga blieb unbeweglich stehen. Nur um ihre Mundwinkel ging es für einen Augenblick wie ein Aufzucken. Aber gleich wurden die Lippen wieder hart. Bloß keine Sentimentalität! Gesichtlich der Vater im Volksgedanken, sie tat nicht mit. Und sie ging mit entschlossenen Bewegungen zu ihrem Stuhl am Fenster. Dort ließ sie

## Die Geesriegeführung der Alliierten.

Urteil eines amerikanischen Völkerrechtlers

Im „American Journal of International Law“ behandelt der Direktor an der New-Yorker Universität Kritische die Verletzungen des Geesrechts durch die alliierten Regierungen während des Weltkrieges. Der Aufsatz enthält eine überflüssige und eindrucksvolle Zusammenfassung der Maßnahmen, die die britische Regierung auf geesrechtlichem Gebiet zur Berichtigung des deutschen Handels unternommen hat. Das Ergebnis der Untersuchungen wird wie folgt zusammengefaßt:

„Auf den geschützten Wegen beteiligen die Alliierten praktisch die Rechte der Neutralen und verbieten den Neutralen mit irgend jemand andere Handel zu treiben als mit ihnen selbst und mit ihren Freunden... Was die Argumente zur Verteidigung dieser Politik anlangt, so dürfte es genügen, festzustellen, daß diese Politik nur unter Berufung auf „allgemeine“ Grundsätze oder „neue“ und „besondere“ Bedingungen verteidigt wurde. Eine Berufung auf allgemeine Grundsätze führt aber stets zur Verwirrung jeder Äußerung, weil es die Erklärung von den konkreteren Regeln auf das Gebiet der Abstraktion trägt. Gerade das war der Schrift, den Sir Edward Grey zur Verteidigung seiner Politik tat, weil die Maßnahmen der Alliierten von dem feststehenden Völkerrecht klar abwichen.“

Es ist in den Tagen der Flugzeuge, des Offiziers, der Bomben und der Unterseeboote wichtiger als je die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten aufrechtzuerhalten. Sobald dieser rechtliche Unterschied beseitigt wird, gibt es für Frauen und Kinder keinen Schutz gegen untergeordnete Lösung.

## Kampf der russischen Rechtsopposition.

Gegen den Stalinismus.

Moskau, 2. April.

Der Versuch Stalins, mit der Rechtsopposition einen Frieden zu schließen und damit seine Stellung auf dem bevorstehenden Parteitag zu befestigen, ist mißlungen.

Die Vertreter der Rechtsopposition vertreten die Meinung, daß die Zugeländnisse, die jetzt von Stalin gemacht werden, nicht genügen, um die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion zu entspannen. Die Rechtsopposition verlangt die sofortige Einstellung der Maßnahmen gegen die Großbauern und die Milderung der Politik der Partei gegenüber dem Privatkapital. Da Stalin vorläufig irgendwelche neuen Zugeländnisse zugunsten der neuen ökonomischen Politik sich zu machen weigert, hat die Rechtsopposition ihren Kampf gegen die Gruppe Stalin wieder aufgenommen.

Man erwartet, daß sich auf dem bevorstehenden Parteitag, der am 15. Mai in Moskau stattfindet, große politische Kämpfe abspielen werden, in denen die Opposition versuchen wird, die Stellung Stalins in der Partei zu schwächen.

## Zuspitzung in London.

Italien droht mit Ausstift aus dem Cocarnopakt.

London, 1. April.

Im Verlauf der letzten Besprechung zwischen Grandi und Macdonald ist

ein außerordentlich bedenklicher Plan

aufgetaucht. Von englischer Seite wurde der bereits früher erwachte Gedanke wieder zur Sprache gebracht, daß bei

weiterem Beharren der Italiener auf ihrer Partitatsforderung gegenüber Frankreich der Abschluß eines Vier-Mächte-Vertrages ohne Italien wieder geprüft werden könne.

Grandi lehnte es ab, von dem bisherigen Standpunkt abzugehen.

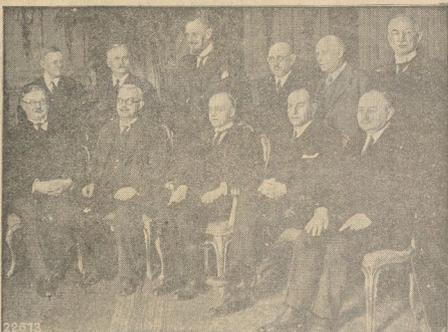
Er wies darauf hin, daß es mit der politischen Moral kaum vereinbar sei, wenn die vier Mächte jetzt einen Vertrag abschließen, der auf eine Garantie der französischen Sicherheit gegen Italien hinauslaufen würde.

Italien müßte in einem solchen Falle ernstlich in Erwägung ziehen, ob es noch länger die in den Cocarno-Verträgen eingegangene Garantieverpflichtung gegen den etwaigen deutschen Angriff aufrechterhalten könne.

Deshalb der Gewährsmann dieser Meldung nicht genannt sein will, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er über die tatsächlichen Vorgänge richtig unterrichtet ist, ebenso, wie es Tatsache ist, daß ähnliche Gedankengänge in einer allerdings sehr viel unbestimmteren Form bereits eine Weile eine Rolle gespielt haben.

## Millionenbetrug in Hamburg.

Hamburg, 2. April. In Courmayeur in Belgien ist ein internationaler Betrüger festgenommen worden, der viele Firmen, u. a. auch solche in Hamburg um erhebliche Summen geschädigt hat. In Hamburg allein sollen ihm etwa 1 Million Mark in die Hände gefallen sein. Der Festgenommene ist zum Teil geflüchtet. Es handelt sich um einen in Griechenland geborenen Christo Carpiadis, der sich bei seinen Betrügereien die verschiedensten Namen zulegte. In Betrügereien sind nachweisbar in 127 Fällen Auftragsgeber ins Gera gegangen, die dabei eine Gesamtsumme von 1 Million Mark einbüßten. Solche und ähnliche Betrügereien wurden von Carpiadis auch in anderen Ländern begangen.



Schäpel (D. Ap.), Post. Steinhilber (Wolfskonferenzrat) ohne Portefeuille; Schiele (öster. Dipl.), Wirtschaft; Wredt (Wirtschaft), Aufsicht; Stegerwald (Ztr.), Arbeit; Mollenbauer (D. Ap.), Finanz; von Cuiérad (Ztr.), Verkehr.

Das von Dr. Brüning gebildete neue Reichskabinett trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen. B. l. n. r. (stehend): Dr. Brüning (Ztr.), Janneres; Dietrich (Dem.), Wirtschaft; Brüning (Ztr.), Reichsminister; Curtius (D. Ap.), Neuherr.



Cosima Wagner gestorben. Wie aus Bayreuth gemeldet wird, ist Cosima Wagner, die Gattin Richard Wagners, im Alter von 88 Jahren gestorben.

## Öffentliche Bekanntmachung.

I. Die steuerpflichtigen Körperschaften und Vermögensschaften haben dem zuständigen Finanzamt jeweils folgende Vorgänge anzugehen:

- ihre Gründung sowie den Eintritt von Teilhabern, die ihre Steuerpflicht oder eine veränderte Steuerpflicht zur Folge haben (z. B. Errichtung einer inländischen Betriebsstätte, Bestellung eines ständigen Vertreters im Inlande);
- den Erwerb der Rechtsfähigkeit, den Lebergang aus einer Rechtsform oder Gesellschaftsform in eine andere sowie die Verschmelzung mit einer anderen Gesellschaft;
- die Verlegung des Sitzes oder des Ortes der Leitung in das Inland;
- die Verlegung des Sitzes, des Ortes der Leitung oder einer inländischen Betriebsstätte in das Ausland, den Verkauf oder die Auflösung einer inländischen Betriebsstätte und die Übertragung eines ständigen Vertreters im Falle der beschränkten Steuerpflicht nach § 3, Abs. 1, Nr. 1 des Gesetzes;
- die Verschlagfassung über die Auflösung oder den Eintritt der Auflösung aus anderen Gründen;
- die Beendigung der Vermögensgegenstandsübertragung (Liquidation) und die Lösung im Handels-, Vereins- oder Genossenschaftsregister.

II. Ferner haben dem zuständigen Finanzamt anzugehen:

- Verforgungsbetriebe im Sinne des § 7 des Gesetzes, die Aufnahme von Gesellschaften, die nicht der Verforgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas oder Elektrizität oder dem öffentlichen Verkehr oder dem Hafenbetriebe dienen;
- Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die einem Revisionsverband angeschlossen sind, die Ausdehnung ihres Geschäftsbetriebs über den Kreis der Mitglieder hinaus.

III. Die in Abs. 1, Nr. 1 bis 3, 5, 6 und in Abs. 2 bezeichneten Vorgänge sind spätestens bis zum Ablauf eines Monats nach ihrem Eintritt, die in Abs. 1, Nr. 4 bezeichneten Vorgänge sind spätestens 14 Tage vor dem Zeitpunkt ihrer beschlissenen Vornahme anzugehen.

Finanzamt.

Für die uns anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes Gerhard dargebrachten Gratulationen und Geschenke danken wir hierdurch herzlich.

Paul Fedner und Frau

Für die uns anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes Willy erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir zugleich im Namen unseres Sohnes herzlichsten Dank.

Kermann Wollgandt und Frau.

Für die zahlreichen Gratulationen und Geschenke anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes Otto danken wir herzlich.

Otto Hofmann und Frau.

Grimm! — Humor! — Gemütlichkeit!

In den unteren „Schüngenhaus“-Räumen hält der

# dicke Wilhelm

täntliche Lachmuskeln in dauernder Bewegung mit seiner original Berliner Bauernschänke. Wer seine Sorgen vergessen will, kommt

Freitag, Sonnabend und Sonntag

Jeder soll und muß lachen! — Eintritt frei!

Tanz! — Gesang! — Witze!

## Damen-Sommer-Mäntel

in guter Ausführung  
von Mk. 12,50 an  
empfehlen

Otto Herrmann, Nebra  
im Festschen Hause, Feldstraße

Teilzahlung gestattet!

3/4 Morgen Land  
nahe der Stadt, zu verpachten.  
Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Achtung!  
Strene  
**GIFT**

auf meinen Ader an der Feldstraße in der Nähe des Grumbacher Kirch.

Paul Melchior, Schuhmacherstr.

**CHRONIK**  
Jahrgang 2  
zum Preise von RM. 1.80  
vorhanden. Heft 3 und Folge  
sofort nach Erscheinen lieferbar.

Walter Scharf, Nebra

Habe mich in **Naumburg**  
(Grosse Salzstrasse 1, Ecke Engelgasse)

als **Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten** niedergelassen.

Sprechzeit von 1/10-12, 1/5-6 Uhr.

Tel. 942. **Dr. med. Hanse.**

**Färberei Bartels, Naumburg a/S.**

chem. reinigt  
färbt  
plissiert

**Anzüge  
Kleider  
Mäntel und  
alle andere Garderobe**

Schnell — Gut — Preiswert.

Beste Bearbeitung durch erfahrene Fachleute!

Annahme: Fa. Friedrich Krey, Nebra a. U.

**Buchen-Brennholz**

fast ofenfertig  
**Fichten-Brennholz**  
trocken, aus Hölzen ofentlang geschmitten, abzugeben

Thüringer Holzwerke, Rossleben.

Allen, die unsere liebe Entschlafene bei ihrem Heimgang ehrten, sagen wir unseren innigsten Dank.

**Familie Fahlbusch.**

# Nebrer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den üblichsten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.30 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22632

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restanteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Establishments Nebra — Bankverein Koblentz.

Nr 40

Donnerstag, den 3. April 1930

43. Jahrgang

## Das Programm?

Eine Erklärung in 12 Minuten.

Die Rede, mit der der neue Reichstanzler Dr. Brüning sich und sein Kabinett im Reichstag vorgestellt hat, dauerte nur 12 Minuten.

Er gliederte seine kurzen Ausführungen nach Außenpolitik und Innenpolitik.

Was er über den außenpolitischen Kurs der neuen Regierung sagte war der vollständigere und insoweit auch befriedigendere Teil seiner Rede.

Seine Ausführungen waren der Beweis dafür, daß sich in dem neuen Kabinett die Meinung des Reichsaussenministers Curtius durchgesetzt hat.

Die Worte des Reichstanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Wiedergliederung des Saargebietes in das Reich fanden starke Zustimmung im Hause. Den Lebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichstanzler an die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat, an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm übernehmen will, das Reichsfinanzminister Meißner dem alten Kabinett unterbreitet hatte und das noch unmittelbar vor der Krise die Grundzüge eines letzten Einigungsversuches gebildet hatte wird Befriedigung auslösen, und das Vertrauen zu der Notwendigkeit einer wirksamen Sozialpolitik fehlte gleichfalls nicht. Lieber ihre Einzelheiten aber fehlte die Zustimmung.

Die Ankündigung eingehender Sparvorstöße war gleichfalls sehr kurz. An der weiteren Aufzählung der Programmziele paßte er auch

die Vereinfachung der Verwaltung und dem dann die Programmklärung zu ihrem innerpolitischen Hauptpunkt, zu der Bittrede für die Wandertätigkeit. Daß das neue Agrarprogramm über das des früheren Reichsernährungsministers Dietrich hinausgehen soll, war vorauszuversetzen.

Es beharrt aber dringend der Erklärung im einzelnen. Auch die Ankündigung des Finanzprogramms kam über die Schlagworte Umfinanzierung und Lastenentlastung hinaus.

Diese programmatischen Teile der Regierungserklärung hat Dr. Brüning in einem schmalen Rahmen eingeleitet, einen Luftakt und einen Akt, die auf den gleichen Zeit gestimmt waren. Daß schnelle und entschlossene Arbeit nötig ist, weiß jeder, der im politischen Leben steht und wird deshalb, soweit er es nur irgend verantworten kann, Befehlshaltung und Entschlossenheit der erforderlichen Maßnahmen befürworten und unterstützen.

Der neue Reichstanzler erklärte dem Parlament, daß es sich nicht um den letzten Versuch handelt, die Lösung der lebenswichtigen Aufgaben mit diesem Reichstag durchzuführen und er schloß mit der Mahnung, daß das Werk keinen Verzug vertragen und parteipolitische Erwägungen in dieser Stunde in den Hintergrund zu treten hätten.

Das Barometer steht auf Kampf, und die nächsten Tage werden zu zeigen haben, ob das Kabinett in offener Feldschlacht kein noch näher zu erläuterndes Programm durchzuführen vermag. Die Fraktionen bereiten ihre Stellungnahme für die Aussprache vor, und man hat aus ihrer Haltung während der Programmrede des Reichstanzlers bereits gewisse Eindrücke gewinnen können. Der Widerstand der Sozialdemokraten steht außer Frage, und sie werden ihr Mißtrauensvotum mit allem Nachdruck unterstützen. Zweifelhaft bleibt noch die Haltung der Deutschen Nationalen. Von ihnen wird es abhängen, ob dem neuen Kabinett eine längere Arbeitsmöglichkeit gegeben werden wird.

Die Arbeitsmöglichkeiten sind in der Form des letzten Vermittlungsverschlages der bisherigen Regierungsparteien mit der finanziellen Sicherung der Arbeitslosenversicherung, der gegenseitigen Festlegung der Steuerentlastung und der Ausgabenerparnis ein einheitliches Ganzes. Eingehende Sparvorstöße auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden in kürzester Frist vorgelegt werden.

Die Maßnahmen zur Sanierung der Kassenlage, sowie die Unterfertigung der Länder und Gemeinden in ihrer schwierigen Finanzlage müssen sofort durchgeführt werden. Ohne eine solche Ordnung fehlt die Grundlage für die dringend notwendige Entlastung der Wirtschaft und die Wiederrückführung der Arbeitslosigkeit.

Die Reichsregierung übernimmt mit dem Reichsfinanzminister aufgestellten Haushaltsplan für 1930 kommt dem Deckungsprogramm.

Diese Deckungsvorlagen sind in der Form des letzten Vermittlungsverschlages der bisherigen Regierungsparteien mit der finanziellen Sicherung der Arbeitslosenversicherung, der gegenseitigen Festlegung der Steuerentlastung und der Ausgabenerparnis ein einheitliches Ganzes. Eingehende Sparvorstöße auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden in kürzester Frist vorgelegt werden.

Die Weiterverfolgung der Sozialpolitik wird als staatliche Notwendigkeit von der neuen Reichsregierung unbedingt anerkannt. Finanzliche, soziale und wirtschaftliche Aufgaben müssen von einheitlichen Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Gerade von diesem Standpunkt aus ist das Rettungswerk unter in schwerstem Ringen um die Existenz kämpfenden Landwirtschaft vorzudringlich.

Die Agrarpolitik hat in besonders bedrohlichen Banden den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatskrise angenommen. Die Regierung ist entschlossen, ein umfassendes und durchgreifendes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft sogleichst zu verwirklichen.

Sie scheut dabei angesichts der ersten Lage nicht vor außergewöhnlichen Mitteln zurück.

Mit der Ausarbeitung der notwendigen Gesetze ist begonnen. Daneben ist eine durchgreifende und umfassende Hilfe notwendig. Zur Deckung der notwendigen Ausgaben wird die Reichsregierung eine besondere Vorlage unterbreiten.

Grundlegung der öffentlichen Landwirtschaft ist die Grundlage nationaler und volkspolitischer Rettung des deutschen Lebens.

Die Reichsregierung wird an diesen Vorstößen und an ihrer schnellen Durchführung unter allen Umständen festhalten. Sie ist gewillt und in der Lage, alle verfassungsmäßigen Mittel hierfür einzusetzen. Parteipolitische Erwägungen müssen in dieser Stunde in den Hintergrund treten. Sachliche Einstellung zu diesem Programm des Kabinetts allein führt die Zukunft des deutschen Volkes (Beifall und Handtätigkeit bei den Regierungsparteien, Applaus bei den Kommunisten).

Von den Kommunisten ist bereits ein Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett eingebracht.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

erwarten Sie von mir heute nicht ausführliche Erklärungen über die beabsichtigten Maßnahmen im einzelnen.

Die neue Regierung wird Deutschlands Lebensinteressen in organischer Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik aktiv vertreten. Eogale Durchführung der internationalen Beziehungen, Klärung und weiterer Ausbau unseres Verhältnisses zu allen Staaten, Förderung internationaler Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, das sind die Grundgedanken dieser Außenpolitik. Endziel ist und bleibt ein nichtschuldig, politisch freies und gleichberechtigtes Deutschland, das seinen Lebensaufbau im Schutze des Friedens vollenden kann. (Beifall)

Besonders herzlich gedenkt die Reichsregierung in dieser Stunde der Rheinlande, deren endliche Befreiung von der Besetzung unmittelbar bevorsteht. (Erneuter Beifall.) Auch die als baldige

Rückgliederung des Saargebietes wird lautkräftig gefordert werden. Innenpolitisch gibt unsere Lage angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Notstände und der mit ihnen verbundenen robitralen Strömungen Anlaß zu beklümmeter Besorgnis. Diese Strömungen müssen in erster Linie durch wirtschaftliche Aufbaurbeit behoben werden.

Mit diesem Ernst nimmt die Reichsregierung die Mahnung des Reichspräsidenten zur nationalen Einigung auf.

(Beifall.) Ersitterte Kämpfe um außenpolitische Fragen haben das deutsche Volk zerrissen. Nach der Entscheidung dieser Kämpfe wollen wir das Wert der Befriedigung in Angriff nehmen.

Die Maßnahmen zur Sanierung der Kassenlage, sowie die Unterfertigung der Länder und Gemeinden in ihrer schwierigen Finanzlage müssen sofort durchgeführt werden. Ohne eine solche Ordnung fehlt die Grundlage für die dringend notwendige Entlastung der Wirtschaft und die Wiederrückführung der Arbeitslosigkeit.

Die Reichsregierung übernimmt mit dem Reichsfinanzminister aufgestellten Haushaltsplan für 1930 kommt dem Deckungsprogramm.

Diese Deckungsvorlagen sind in der Form des letzten Vermittlungsverschlages der bisherigen Regierungsparteien mit der finanziellen Sicherung der Arbeitslosenversicherung, der gegenseitigen Festlegung der Steuerentlastung und der Ausgabenerparnis ein einheitliches Ganzes. Eingehende Sparvorstöße auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden in kürzester Frist vorgelegt werden.

Die Weiterverfolgung der Sozialpolitik wird als staatliche Notwendigkeit von der neuen Reichsregierung unbedingt anerkannt. Finanzliche, soziale und wirtschaftliche Aufgaben müssen von einheitlichen Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Gerade von diesem Standpunkt aus ist das Rettungswerk unter in schwerstem Ringen um die Existenz kämpfenden Landwirtschaft vorzudringlich.

Die Agrarpolitik hat in besonders bedrohlichen Banden den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatskrise angenommen. Die Regierung ist entschlossen, ein umfassendes und durchgreifendes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft sogleichst zu verwirklichen.

Sie scheut dabei angesichts der ersten Lage nicht vor außergewöhnlichen Mitteln zurück.

Mit der Ausarbeitung der notwendigen Gesetze ist begonnen. Daneben ist eine durchgreifende und umfassende Hilfe notwendig. Zur Deckung der notwendigen Ausgaben wird die Reichsregierung eine besondere Vorlage unterbreiten.

Grundlegung der öffentlichen Landwirtschaft ist die Grundlage nationaler und volkspolitischer Rettung des deutschen Lebens.

Die Reichsregierung wird an diesen Vorstößen und an ihrer schnellen Durchführung unter allen Umständen festhalten. Sie ist gewillt und in der Lage, alle verfassungsmäßigen Mittel hierfür einzusetzen. Parteipolitische Erwägungen müssen in dieser Stunde in den Hintergrund treten. Sachliche Einstellung zu diesem Programm des Kabinetts allein führt die Zukunft des deutschen Volkes (Beifall und Handtätigkeit bei den Regierungsparteien, Applaus bei den Kommunisten).

Von den Kommunisten ist bereits ein Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett eingebracht.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgelegt.

## Die Abstimmungen im Reichstag.

Berlin, 2. April. Die einzelnen Fraktionen des Reichstages werden in der Aussprache nur kurze Erklärungen abgeben. Die Aussprache soll nach Möglichkeit in der einen Sitzung zu Ende geführt werden. Die Abstimmung über die Arbeitslosenversicherung finden auf jeden Fall erst am Donnerstag statt. Die Zentrum-Fraktion trat am Dienstagabend zu einer Sitzung zusammen, in der der Reichstanzler Dr. Brüning über den Verlauf seiner Bemühungen zur Regierungsbildung Bericht erstattete. Im Laufe der Sitzung sprach der leitungsverstehende Vorsitzende Eßer den neuen Kanzler die Glückwünsche der Fraktion aus und gelobte ihm die Gefolgschaft der Fraktion.

## Zur Vorgeschichte der Regierungskrise.

Mollenhauer an Borkj.

Der „Vorwärts“ veröffentlichte einen namens der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nach Herrn von Borkj Anfang März an den Reichsfinanzminister Dr. Mollenhauer gerichteten Brief, in dem der obliegende Standpunkt des Arbeitgeberverbandes zur Frage der Beitrags-erhöhung zur Arbeitslosenversicherung um 1 v. H. ausführlich dargelegt wird. In dem Brief heißt es u. a.:

Die Arbeitgeberseite müßte eine Mitbeteiligung an den Verhandlungen im Vorland der Reichsanstalt in dieser Frage umlohn absehen, als der Beschluß des Reichsanstalts zum Ausdruck bringe, daß infolge des Nichtzustandekommens einer Einigung dem Vorland der Reichsanstalt das Arbeitslosengeld selbst die Beitrags-erhöhungen zu beschließen gedenke. Die Arbeitgeberseite des Vorlandes habe sich bereits mehrfach die Frage vorlegen müssen, ob von ihr im Falle der Durchführung eines derartigen Kurzes in der Reichsanstalt und Reichsanstaltspolitik die Übernahme einer weiteren Mitverantwortung in der Verwaltung der Reichsanstalt im Rahmen der von ihr wahrzunehmenden wirtschaftlichen Interessen getragen werden könnte.

Zu diesem Brief, der im „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Borkj stürzte Müller-Mißel“ veröffentlicht worden ist, wird von zuständiger Stelle folgende Erklärung veröffentlicht: Der Reichsminister der Finanzen Brof. Dr. Mollenhauer hat den aufgeführten Brief des Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 8. März d. S. erst am 8. März erhalten, nachdem in der Kabinettsitzung vom 5. März bereits die Entscheidung über die Vorlage an den Reichstag gefaßt war. Er hat den Brief als durch die Kabinettsitzung erledigt angesehen und zu den Akten freigegeben lassen.

Die Arbeitslosenversicherung auf Grund derart vertriehen den Verhandlungen der Regierungsparteien hat er gar nicht in den Verhandlungen vertriehen an. Erst in der Kompromiß-Brill-Entscheidung mit dem Einigung unter arbeitslosen-Vertrag Brief der Ber-ohne jeden einer Finanzen ge-

Landr-angspri-berlin, 1. April. neue preußische Aussprache über einer fernerz-terz des Staat-Richtungen ihre die den demo-eranz unterhöch-

Erkenntnis-erzeugung mit parteipolitische Festlegung bedente. Die Letztere, die der am Staats-Mitglied-tende über viele, werde seine Haltung gegenüber der be-gegründeten und weltanschaulichen Seite unseres Schulkampfes bestimmen, und zwar sowohl gegenüber den Konfessionen als auch gegenüber den nichtkonfessionellen Kreisen.

Der Minister äußerte sich dann zu dem Problem des Berechtigungsverfahrens und des Bildungsergebnisses. Die Frage des Berechtigungsverfahrens müßte schnellstens in Angriff genommen werden, doch dürfe man nicht vergessen, daß Berechtigungen die natürlichen Sicherungsvorkehrungen gegen die Ausübung bestimmter Tätigkeiten durch ungeeignete Menschen seien.

Es sollte aber allgemein mehr auf die Persönlichkeit und nicht nur auf den Vermögensstand gesehen werden. Wer so handle, werde die heilige Entwertung der Volksschule nicht mitmachen.

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht befähigten Volksgenossen bedeuten, wenn man